

Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 82 (2007)
Heft: 9

Artikel: FDP will EU-Rahmenvertrag
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-717718>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ERSCHLOSSEN EMDDOK
ME 535 1549

FDP will EU-Rahmenvertrag

Am 6. August 2007 stellte die FDP Schweiz ihr neues Positionspapier zur Militär- und Sicherheitspolitik vor. Nationalrat Markus Hutter forderte mehr Schweizer im Ausland und einen Rahmenvertrag mit der EU. Hier sein Referat in leicht gekürzter Fassung.

Im Vergleich zu früheren Reformen handelt es sich bei der Armeeform XXI um einen Prozess von revolutionärem Charakter.

Die Armee muss befähigt werden, sich an veränderte Rahmenbedingungen anzupassen und neue Herausforderungen zu meistern. Die Unübersichtlichkeit und Unvorhersehbarkeit der Risiken stellt hohe Anforderungen an die Sicherheitspolitik im Allgemeinen und die Armee im Speziellen.

Rasch reagieren

Gefragt ist eine hohe Anpassungsfähigkeit, um rasch und wirksam auf unvorhergesehene Entwicklungen reagieren zu können.

Eine wichtige Voraussetzung, um die geforderte Anpassungsfähigkeit zu erreichen, ist der Übergang von einer inputorientierten zu einer outputorientierten Betrachtungsweise der Sicherheitspolitik. Entscheidend sind nicht Arsenale, sondern vielmehr Potenziale und Fähigkeiten, um die Herausforderungen zu meistern.

Die von der FDP geforderten vierjährigen Rahmenkredite für Rüstungsvorhaben sind ein erster Schritt in Richtung einer fähigkeitsorientierten Planung. Diese Rüstungsprogramme sollen nach unserer Ansicht auf periodisch aktualisierten sicherheitspolitischen Berichten basieren.

Veränderte Risiken

Um den veränderten Risiken gerecht zu werden, müssen Staaten ihre Kooperationsfähigkeit weiter verbessern, denn Sicherheit lässt sich immer weniger einzelstaatlich garantieren. Dieser Umstand, der insbesondere für einen machtpolitischen Kleinstaat wie die Schweiz zutrifft, wird kaum ernsthaft bestritten.

Dennoch leben wir in der Schweiz dem Grundsatz «Sicherheit durch Kooperation» nicht konsequent genug nach. Das betrifft insbesondere die Verteidigungs- und die Rüstungspolitik. Die FDP ist der Ansicht, dass eine isolierte Verteidigungs- und Rüstungspolitik weder lagegerecht, erfolgversprechend noch finanzierbar ist.

Eine Kooperation in diesen Bereichen ist notwendig. Wir müssen deshalb die Be-



Die FDP will mehr Schweizer im Ausland: Soldaten der SWISSCOY im Kosovo.

reiche und das Ausmass der internationalen Kooperation definieren. Die Beispiele der allianzfreien Länder Schweden, Finnland und Österreich illustrieren, dass eine weitergehende Zusammenarbeit als die heute praktizierte problemlos möglich ist.

Gegen NATO-Beitritt

Ein Beitritt zu einem Militärbündnis wie der NATO ist in absehbarer Zeit weder realistisch noch anzustreben. Wegen der Bündnisverpflichtung ist ein solcher Beitritt nicht mit der Neutralität vereinbar. Dagegen ist eine vertiefte und systematische Zusammenarbeit im Rahmen der Strategie «Sicherheit durch Kooperation» anzustreben.

Gemäss FDP umfasst dies nicht nur eine stärkere Nutzung der Partnerschaft für den Frieden, sondern neu auch eine systematische Zusammenarbeit der Schweiz im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP).

Die ESVP ist ein Politikfeld, das intergouvernemental geregelt ist und in welchem eine Vergemeinschaftung in absehbarer Zeit nicht zu erwarten ist. Die Staaten behalten ihre Souveränität, der Rat ist das entscheidende Gremium, das Beschlüsse einstimmig fassen muss.

Das eröffnet die Möglichkeit zur flexiblen Partizipation, was die Schweiz bisher mit der Beteiligung an mehreren Mis-

sionen der EU bereits genutzt hat. Die FDP fordert in diesem Zusammenhang die bereits bestehende Zusammenarbeit mit der EU im zivilen und militärischen Bereich zu systematisieren, zu strukturieren und auf eine solide rechtliche Basis zu stellen.

Diese Basis könnte in Form eines Rahmenabkommens mit der EU gelegt werden. Ein solches Abkommen würde es der Schweiz zudem erlauben, als Beobachter Zugang zu den relevanten Mechanismen und Institutionen der ESVP zu erhalten, von denen die Schweiz bisher vollkommen ausgeschlossen ist.

Das würde der Schweiz keine Mitbestimmung bringen, ihr aber sicherheitspolitisch wichtige Informationskanäle erschliessen und die Chance eröffnen, ihr Umfeld mitzugestalten.

Innere Sicherheit

Die Schweiz kooperiert im Bereich der inneren Sicherheit unter Federführung des EJPD bemerkenswert intensiv mit der EU. Sobald alle operativen Vorarbeiten abgeschlossen sind, wird die Schweiz mit Schengen, dem europäischen Informationsverbund und Frontex assoziiert sein. Es ist nicht einsichtig, weshalb die Schweiz im Bereich der Aussensicherheitspolitik nicht ebenfalls die pragmatische Kooperation mit der EU sucht.